



# Die deutsche Regierung nimmt die Welt als Geisel

Der Patentschutz für Covid-Impfstoffe muss dringend ausgesetzt werden. Die Pandemie wird wüten, solange Angela Merkel das verweigert VON JOSEPH E. STIGLITZ

Die ganze Welt befindet sich gerade inmitten einer großen Debatte über Leben und Tod. Und Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle.

Trotz all der Versprechungen der Pharmakonzerne – die über eine monopolartige Kontrolle über die Covid-19-Impfstoffe verfügen – erreicht die Produktion der Vakzinen bis heute bei Weitem nicht das erforderliche Ausmaß. Um die Weltbevölkerung adäquat schützen zu können und die Ausbreitung des Virus zu stoppen, sind zehn bis 15 Milliarden Dosen Impfstoff erforderlich. Dass die G7-Staaten gerade beschlossen haben, bis Ende des kommenden Jahres 2,3 Milliarden Impfdosen an ärmere Länder abzugeben, reicht also bei Weitem nicht aus, selbst wenn es tatsächlich dazu kommt.

Angesichts der nach wie vor sehr begrenzten Verfügbarkeit von Covid-19-Impfstoffen in vielen Ländern der Welt ist es höchste Zeit, die Impfstoffproduktion hochzufahren. Um dies zu erreichen, bedarf es einer Ausweitung des ganz bewusst undurchdringlich gestalteten Netzes von Patenten, Urheberrechten, Geschäftsgeheimnissen, Industriedesign und anderen Formen von Barrieren. Die Pharmakonzerne haben dieses Netz zum Schutz ihres geistigen Eigentums an den Impfstoffen aufgebaut. Ihr Ziel ist es, so eine monopolartige Kontrolle über Covid-19-Vakzinen und damit verwandte Medikamente an sich sowie über das Produktionsvolumen aufrechtzuerhalten.

Es ist dieser gesamte Mechanismus, der für die weltweiten Lieferengpässe verantwortlich ist. Solange die erforderliche, vorübergehende Ausnahmeregelung nicht beschlossen wird, werden sich die Engpässe bei der Produktion von Covid-19-Impfstoffen nicht beseitigen und wird sich die Verteilung von Impfstoffen weltweit nicht fair gestalten lassen.

Juristisch betrachtet erfordert dies die vorübergehende Aufhebung einiger Bestimmungen im Rahmen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Trips) der Welthandelsorganisation (WTO). So komplex diese Thematik klingen mag, eines steht unumstößlich fest: Wenn uns dieses vorübergehende Aufhebungsmanöver nicht sehr bald gelingt, werden viele Menschen in Entwicklungsländern vor 2023 oder sogar noch länger keine Impfung gegen Covid-19 erhalten.

Angesichts dieser Tatsache klingen die von deutschen Regierungsvertretern und seitens der EU gern geäußerten Bekenntnisse, dass Covid-Impfstoffe ein »universelles Gut« seien und niemand sicher ist, bis alle sicher sind«, bestenfalls hohl. Solange diese Position nicht über bloße Lippenbekenntnisse hinausgeht, wird die Pandemie weiter ungebrems wüten. Dementsprechend steigt die Wahrscheinlichkeit, dass unter den verschiedenen Virusvarianten, die um den Globus zirkulieren, ein impfstoffresistenter Stamm auftaucht. Damit wiederum steigt die Gefahr, dass die ganze Welt auf einen neuerlichen Lockdown zusteuert.

Was bei der Debatte über den richtigen Kurs im Umgang mit den Covid-19-Impfstoffen überrascht: dass es ausgerechnet die deutsche Regierung unter Führung von Angela Merkel ist, die sich bisher einer rationalen Lösung widersetzt. Das ist deshalb überraschend, weil sich die Deutschen grundsätzlich zugutehalten, immer sehr rücksichtsvoll gegenüber den Interessen anderer Nationen, wenn nicht sogar der Weltgemeinschaft insgesamt zu agieren.

Noch erstaunlicher ist wohl, dass sich innerhalb Deutschlands nur relativ wenige Menschen der zentralen Rolle ihrer eigenen Regierung bewusst sind, die einer zügigen Lösung in diesem spezifischen Fall im Wege steht. Der EU kommt in dieser anhaltenden Debatte eher die Rolle eines Schutzschildes oder Blitzableiters zu. Sie kann sich erst für die vorübergehende Aufgabe des geistigen Eigentums an Covid-19-Impfstoffen aussprechen, wenn die deutsche Bundesregierung ihre Position ändert.

Die wirtschaftlichen Kosten dieser Starrköpfigkeit für die ganze Welt, ganz zu schweigen von den Verlusten an Menschenleben, werden enorm sein. Der Internationalen Handelskammer zufolge könnten sich die Kosten auf bis zu 9,2 Billionen US-Dollar belaufen, wenn den Entwicklungsländern kein eigenständiger Zugang zu den Covid-19-Vakzinen verschafft wird. Die Hälfte dieser Kosten wird übrigens in den Industrieländern entstehen.

**D**eutschland würde mit den Konsequenzen seiner aktuellen Haltung zu leben haben. Um es deutlich zu sagen: Mit seiner unbeugbaren Position stellt sich Deutschland auf die falsche Seite der Geschichte. Die deutsche Haltung ist nicht nur aus moralischer Warte unverständlich, sondern gefährdet auch die wirtschaftliche Sicherheit rund um den Globus. Obendrein stellt sich die Bundesregierung gegen die Weltgesundheitsorganisation, den Papst, das Europäische Parlament und Ärzte ohne Grenzen, um nur einige gewichtige internationale Akteure zu benennen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich vor den deutschen Konsulaten in den Vereinigten Staaten sowie in der EU und vor deutschen Botschaften weltweit Demonstrationen zu Mahnwachen versammeln, um die Namen von Covid-Toten zu verlesen.

Die Erinnerung daran, welche Länder im Sommer 2021 nicht bereit waren, bei dieser Schicksalsfrage der Rettung von Menschenleben Priorität einzuräumen, wird lange währen. Umso mehr, als die Nationen, die den Pharmakonzernen jetzt die Stange halten, sich auch aktiv am Fortspinnen von deren dubiosen Narrativen beteiligen. Hierzu gehört etwa die Behauptung, die durchaus rassistische und neokolonialistische Untertöne hat, dass Produ-

zenten in Entwicklungsländern entweder nicht die Fähigkeit hätten, Covid-19-Impfstoffe herzustellen, oder dass es dort einfach keine qualifizierten Produktionsanlagen gebe.

Treffen diese Behauptungen zu? Nein. Wie eine Gruppe von Gesundheitsexperten kürzlich in einem Artikel in der Zeitschrift *Foreign Policy* über Afrika vermutete, »könnten Firmen wie Biovac und Aspen in Südafrika, das Institut Pasteur im Senegal und Vacsera in Ägypten Fabriken schnell umrüsten, um mRNA-Impfstoffe herzustellen«. Obendrein gibt es auch Weltklasse-Produzenten in Indien, Bangladesch, Pakistan sowie in Lateinamerika, auf die man zum Ausbau der Impfstoffversorgung zurückgreifen kann. Dem südafrikanischen WTO-Botschafter zufolge haben Produktionsexperten der WTO-Generaldirektorin mitgeteilt, dass allein im Jahr 2021 eine Milliarde zusätzliche Impfstoffdosen hergestellt werden könnten, falls existierende Produzenten aus dem globalen Süden in den Produktionsprozess einbezogen würden.

Wichtig ist auch, zu wissen, dass die immer wieder aufgestellte Behauptung, die chemisch synthetisierten mRNA-Impfstoffe seien sehr schwer herzustellen, nicht zutrifft. Sie sind tatsächlich einfacher herzustellen als Impfstoffe wie die von AstraZeneca beziehungsweise Johnson & Johnson, die auf lebende Zelllinien angewiesen sind, welche sich über längere Zeit in speziell konstruierten Behältern replizieren müssen. Darüber hinaus bestätigte ein ehemaliger Manager von Moderna, dass es auf Basis von genügend Technologietransfer und Know-how-Austausch möglich sein sollte, eine moderne Fabrik für die mRNA-Impfstoff-Produktion innerhalb von drei oder vier Monaten einzurichten. Das ist durchaus realistisch. Wer das nicht glaubt, sollte sich daran erinnern, dass BioNTech und Forscher rund um die Welt vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie einschlägige Erfahrungen mit der Erforschung und Entwicklung von mRNA sammelten, aber noch keine einzige Dosis eines mRNA-Impfstoffs produziert hatten. Auf dieser Basis gelang es BioNTech zusammen mit Pfizer in weniger als sechs Monaten, alle erforderlichen Schritte zu entwickeln, um genug Impfstoff für klinische Studien an Menschen herzustellen.

Ein weiterer Teil der Mythenbildung aufseiten der Pharmakonzerne und ihrer staatlichen Unterstützer ist die Behauptung, dass Engpässe bei Lieferketten das eigentliche Problem seien, nicht das Festklammern am geistigen Eigentum. Letzterer spielt bei den weltweiten Produktionsengpässen eine elementare Rolle. Die in diesem Zusammenhang gern aufgestellte Behauptung, dass die USA – trotz ihres großzügigen Auftretens auf der internationalen Bühne zugunsten einer vorübergehenden Aufhebung des geistigen Eigentums an den Covid-Impfstoffen – durch ihre Exportbeschränkungen die wahre Ursache des Impfstoffmangels seien, wurde mittlerweile ebenfalls hinreichend widerlegt. Die weltweiten Produktionsengpässe

hängen eben eng mit dem Beharren auf dem geistigen Eigentum zusammen.

Nun muss man bei allem berechtigten Fokus auf Deutschland auch feststellen, dass Deutschland nicht die einzige Nation ist, die sich gegen den weitreichenden internationalen Konsens stellt. Andere Nationen verstecken sich bequem hinter der Opposition der Bundesregierung, obwohl man zugleich beobachten kann, dass die Liste der Nationen, die die Aussetzung in diesem spezifischen Fall ablehnen, in den letzten Wochen massiv geschrumpft ist. Sie besteht nur noch aus Großbritannien, der Schweiz und – wegen des Einstimmigkeitsprinzips in der EU und der fehlenden Zustimmung Deutschlands – der Europäischen Union. Mit Ausnahme dieser drei Akteure sind sich die Nationen der Welt der grundlegend ethischen Natur der Wahl bewusst, die sie zu treffen haben.

**E**in prinzipielles Umdenken ist möglich – dies belegt das Beispiel der Vereinigten Staaten. Die USA haben ihre Position am 5. Mai geändert, als die Biden-Harris-Regierung die nationalis-tisch motivierte Haltung von Donald Trump aufgab. Zu den anderen Nationen, die sich mittlerweile für eine vorübergehende Aussetzung des geistigen Eigentums in diesem einen Fall ausgesprochen haben, gehören Japan, Australien, Kanada, Taiwan und Neuseeland. Aus deutscher Sicht von besonderer Relevanz ist die Kursumkehr der französischen Regierung. Ein wichtiger Befund kommt hinzu: Viele dieser Länder haben ebenso wie Deutschland bedeutende pharmazeutische Industrien. Insgesamt unterstützen mittlerweile mehr als 120 WTO-Mitgliedsstaaten diesen Schritt.

Die aktuelle Situation ist auch deshalb schwer nachzuvollziehen, weil eine Aussetzungsentscheidung am rechtlichen Rahmenwerk für Eigentumsrechte nichts Wesentliches ändert. Das seit Langem etablierte System von Zwangslizenzen belegt dies. Es setzt ja nicht die gesamte Wirkung des Patents aus, sondern ermöglicht es Drittfirmen, auf Grundlage einer angemessenen Vergütung unter Verwendung der Patente anderer Firmen zu produzieren. Der Hauptgrund, warum eine Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte in diesem besonderen Fall so elementar wichtig ist, besteht ganz einfach darin, dass niemand die Zeit hat, Hunderte von Zwangslizenzen zu verhandeln. Nur per Aussetzung könnten die Transaktionskosten gesenkt werden, was den gesamten Produktionsprozess beschleunigen würde. Dies ist angesichts der Dringlichkeit der Bekämpfung von Covid-19 von entscheidender Bedeutung.

Ein solcher Schritt hätte positive Wirkungen auf Regierungsausgaben für das Gesundheitswesen auf der ganzen Welt. Der US-Pharmakonzern Pfizer etwa, der für 2021 einen Impfstoffumsatz von 26 Milliarden US-Dollar pro-

gnostiziert, informierte seine Investoren kürzlich über seine Pläne, Booster-Impfungen für Covid-19 in wohlhabenden Ländern künftig für 175 US-Dollar pro Dosis zu verkaufen, wenn die während der ursprünglichen Pandemiephase gültige Preisgestaltung von 20 US-Dollar pro Dosis endet. Solche Preise sind für Entwicklungsländer ein budgetäres Todesurteil. Und sie stellen selbst für reiche Länder einen Skandal dar. Denn dort haben die Steuerzahler bereits Milliarden an Pharmakonzernen überwiesen, um diese überhaupt erst in die Lage zu versetzen, die Impfstoffe zu entwickeln. Das galt zunächst für die Erforschung und Prüfung von Covid-19-Impfstoffen und anschließend für die von Regierungen getätigten Vorbestellungen. Während der Pandemie haben Regierungen mehr als 112 Milliarden US-Dollar an Pharmaunternehmen überwiesen, hauptsächlich für die Entwicklung von Covid-19-Impfstoffen.

Welchen Sinn ergibt es für Regierungen unter solchen Umständen, zuzulassen, dass eine einzige Branche, die Pharmaindustrie, letztlich die gesamte Weltwirtschaft gefährdet?

Dies gilt auch im engeren deutschen Kontext. Es gibt Hinweise darauf, dass BioNTech dem US-Pharmakonzern Pfizer exklusive Produktionslizenzen für die ganze Welt mit Ausnahme von Deutschland, der Türkei und China erteilt hat. Das würde faktisch bedeuten, dass die deutsche Regierung vorrangig als Stütze der kommerziellen Interessen von Pfizer dient, also einem amerikanischen und nicht etwa einem deutschen Unternehmen. Man fragt sich, ob die deutsche Bundesregierung diese Ironie schon in vollem Maß erkannt hat.

Schließlich ist es auch falsch, zu argumentieren, dass eine vorübergehende Aussetzung des geistigen Eigentums in diesem Fall faktisch zum Diebstahl medizinischer Innovationen aus Deutschland führen würde. Die Inhaber des geistigen Eigentums, in diesem Fall die deutsche Firma BioNTech, erhalten ja weiterhin Lizenzgebühren oder andere Zahlungen nach dem nationalen Recht der Nutzerländer.

Aus all diesen Gründen ist der derzeitige deutsche Widerstand gegen die vorübergehende Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte an den mRNA-Impfstoffen schwer zu verstehen. Zumal die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel aktuell riskiert, ihren guten weltweiten Ruf und vielleicht sogar ihr politisches Vermächtnis in der Schlussphase ihrer 16-jährigen Amtszeit zu untergraben.

Es ist meines Erachtens höchste Zeit, dass die deutsche Regierung erkennt, wie sie wegen des Einstimmigkeitsprinzips der WTO faktisch die ganze Welt als Geisel nimmt.

Bis die deutsche Seite ihre Position ändert, wird die Pandemie ungebrems wüten. Dementsprechend groß ist das Risiko, dass die ganze Welt auf einen weiteren Lockdown zusteuert.

Wenn es dazu kommt, was wird Deutschland dann sagen? Es wäre kein Ergebnis, mit dem eine deutsche Regierung ernsthaft in die Geschichtsbücher eingehen möchte.



Joseph E. Stiglitz ist Wirtschafts-Nobelpreisträger und Professor an der Columbia University in New York. Er war Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsberater von Bill Clinton in dessen Zeit als US-Präsident